



Grosse Erleichterung bei der französischen Verhandlungsführerin Laurence Tubiana (v.l.), bei Staatspräsident François Hollande und Konferenzpräsident Laurent Fabius (2 v. r.).

KEYSTONE

Historischer Moment für das Weltklima

Die Pariser Klimakonferenz hat sich gelohnt. 195 Staatsvertreter rangen sich zu einem verbindlichen Abkommen durch

VON FLORIAN BISSIG

Gestern Abend um halb acht war es endlich so weit. Die Delegierten von 195 Staaten und der EU rangen sich dazu durch, einstimmig einen Klimavertrag gutzuheissen. Damit ist das «Pariser Abkommen» Tatsache, das die harten Verhandlungen von zwei Wochen zum Abschluss bringt. Während dieser Zeit hatten nicht nur amtierende Politiker, sondern auch Hollywood-Stars wie Sean Penn, Robert Redford oder der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore hartnäckig für die gute Sache gewiebelt.

Der Entwurf für das neue Abkommen war gestern bereits um die Mittagszeit fertiggestellt. Offenbar wurde hinter den Kulissen noch heftig gerungen, denn die Schlussabstimmung wurde im Lauf des Nachmittags weiter nach hinten verschoben. Der Präsident der UNO-Klimakonferenz und französische Außenminister Laurent Fabius pries das Klimaabkommen als «ehrgeizig und ausge-

wogen» an. Der französische Staatspräsident François Hollande und der UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sekundierten Fabius in seinem dringenden Appell an die Staatengemeinschaft, das Abkommen anzunehmen.

Ehrgeizig ist das Abkommen insbesondere, weil es alle Staaten zum Klimaschutz verpflichtet. Das «Pariser Abkommen» geht damit weiter als das Kyoto-

Protokoll, das bisher nur die Industriestaaten verbindlich zu Klimaschutzmaßnahmen verpflichtete. Freilich ist es nun zunächst an den Regierungen rund um den Globus, das Abkommen zu ratifizieren. Das «Pariser Abkommen» tritt erst in Kraft, sobald es 55 Staaten ratifiziert haben, die zusammen für mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

In ersten Reaktionen äusserten sich Klimaschutzorganisationen positiv. Der Vertrag wird als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Kritisiert wird indessen, dass die vertraglich geregelten Massnahmen zu schwach seien, um die globale Erwärmung genügend aufzuhalten. Einige wichtige Massnahmen seien vom Abkommen ausgeklammert worden. Experten zufolge dürfen die welt-

weiten CO₂-Emissionen bis spätestens 2030 steigen und müssen möglichst bald nach der Mitte des Jahrhunderts gänzlich aus der Welt geschafft werden, damit das Klima stabilisiert werden kann. Allen Vorbehalten zum Trotz: Das «Pariser Abkommen» wird als historischer Moment gelobt, der für die künftigen Generationen von grösster Wichtigkeit sei. Das Abkommen schaffe die Grundlage für ein klimafreundliches Wachstum.

Die Schweizer Delegation zeigte sich gestern erfreut über den Abschluss des Abkommens. Umweltministerin Doris Leuthard sagte an einer Pressekonferenz, das Abkommen sei nicht perfekt, aber ein guter Kompromiss. Die beschlossenen Verpflichtungen reichten allein noch nicht zur Erreichung der Klimaziele aus. Die Schweiz selbst habe bei den Reduktionszielen eine ehrgeizige Vorgabe gemacht, sagte Leuthard. Das Land soll die Treibhausgase bis 2030 um 50 Prozent reduzieren. Nun muss sie nur noch das Schweizer Parlament von ihren Zielen überzeugen.

■ DIE HAUPTPUNKTE DES «PARISER ABKOMMENS»

Das «Pariser Abkommen» vom 12. Dezember 2015 verlangt, dass die durchschnittliche globale Erwärmung der Erdatmosphäre auf **weniger als 2 Grad Celsius** gegenüber der vorindustriellen Zeit gehalten wird. Darüber hinausgehend ist das Ziel formuliert, dass die Temperatur **möglichst nicht über 1,5 Grad** steige. Dieses Ziel ist

von allen Staaten zu verfolgen, nicht etwa nur von den Industriestaaten. Die Staaten haben über ihre Klimabeiträge in **regelmässigen Treibhausgas-Berichten** Rechenschaft abzulegen. Von einmal gemachten Klimaver-sprechen darf nicht abgerückt werden. Was die Emissionen von Treibhausgasen angeht, welche die Erwär-

mung bewirken, gilt es, möglichst schnell den **Trend zur Vermehrung der Emissionen zu brechen**. Dabei wird den Entwicklungsländern mehr Zeit eingeräumt als den Industriestaaten. Danach sollen die Emissionen schnellstmöglich sinken. Ab 2050 soll die **Balance zwischen Emission und Kompensation** erreicht werden,

beispielsweise durch **Aufforstung**. Die Industrieländer unterstützen die Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel finanziell. Sie sollen ab 2020 jährlich mindestens **100 Milliarden Dollar** dafür bereitstellen. Die Staaten sollen sich regelmässig über Massnahmen und neue Ziele austauschen. (FB)

Am Rande Frankreichs

Der französische Front National will heute im zweiten Durchgang der Regionalwahlen nachlegen. Die besten Chancen hat er nördlich von Basel

VON STEFAN BRÄNDLE AUS PARIS

Alles spricht von den Blondinen: Marine Le Pen erzielte vor einer Woche im Norden Frankreichs über 40 Stimmenprozent, ihre Nichte Marion Maréchal-Le Pen tat es ihr im Süden gleich. Trotzdem werden ihre Wahlchancen bei der Stichwahl heute Sonntag laut Umfragen auf unter 50 Prozent veranschlagt. Denn die Sozialisten haben ihre Kandidaten auf Weisung von Präsident François Hollande im Norden und Süden zurückgezogen, um dem bürgerlichen Rivalen den Vortritt zu lassen und so einen Triumph der beiden Le-Pen-Frauen zu verhindern.

HINTER IHNEN HAT sich Florian Philippot zum Frontrunner des Front aufgeschwungen: Der smarte 35-jährige Parteivize von Le Pens Gnaden kandidiert in der Grossregion Elsass-Lothringen-Champagne-Ardenne und könnte von einer mangelnden Absprache seiner Gegner profitieren. Philippot erzielte im ersten Wahlgang 36 Prozent der Stimmen, der konservative Republikaner Philippe Richert 26 Prozent und der Sozialist Jean-Pierre Masseret 16 Prozent. Letzterer weigert sich allerdings, den Platz zu räumen, was die Wahlchancen des FN-Kan-

didaten automatisch erhöht. Laut Umfragen liefern sich Philippot und Richert ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

DIE REGION NÖRDLICH von Basel, die bis nach Belgien reicht und 5,5 Millionen Einwohner zählt, könnte damit die erste und einzige sein, die am Sonntag in die Hände der französischen Rechtspopulisten gerät. Die französischen Regionen haben zwar wegen der Übermacht des Zentralstaates nur wenig Kompetenzen; Philippot machte aber in einer lokalen Fernsehdebatte klar, dass er sie so weit wie möglich ausnützen werde; zum Beispiel gedenkt er die regionale Subvention von 600 000 Euro für den Bau einer Moschee in der elsässischen Metropole Strassburg zu streichen.

Ausserdem will sich Philippot dafür einsetzen, dass die von Hollande 2014 vorgenommene Territorialreform rückgängig gemacht wird. Die Elsässer waren laut Umfragen grossmehrheitlich gegen die Fusion mit Lothringen, der Champagne-Gegend und den Ardennen, und der Widerstand ist bis heute nicht eingeschlafen. Während sich die Republikaner von Nicolas Sarkozy damit abgefunden haben, verteidigt der FN zusammen mit dem Verein Alsace d'abord («Elsass zuerst») die «identitäre» Strömung der



Marine Le Pen, Front-National-Leaderin, besuchte am Freitag den Weihnachtsmarkt in Henin-Beaumont in Nordfrankreich.

KEYSTONE

knapp zwei Millionen Elsässer. Diese beiden Formationen sind keine lokalen Newcomer: Vor zehn Jahren schon kamen ihre Kandidaten zusammen auf 28 Prozent der Stimmen. Schon damals meinte der Soziologe Philippe Breton: «Im Elsass ist der Front National wie ein

Fisch im Wasser.» Ihren «rechten» Ruf hat sich die kleine Region am linken Rheinufer auch mit vielen Vandalenakten gegen jüdische und moslemische Friedhöfe eingehandelt.

Ein weiterer Grund für das starke Abschneiden der Frontisten ist die Wirt-

schaftslage. Im Elsass sind 9,2 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos. Das ist etwas weniger als im nationalen Schnitt – beruht aber auf einer starken Zunahme.

DIE REGION «GRAND EST» (Grosser Osten) besteht aber nicht nur aus dem wohlhabenden Elsass, sondern vielen verarmten Departementen. In Lothringen, der Champagne und den Ardennen zeigt sich das neue, ländliche Ausmass des FN-Phänomens. Früher erhielt die fremdenfeindliche Partei vor allem in traditionellen Immigrantengebieten der Pariser oder nördlichen Industriezentren Zulauf. Heute sind auch die «periurbanen» Zonen an den Rändern der Grossstädte betroffen, dazu auch ländliche Regionen, wo Fabriken und Bauernhöfe en masse schliessen. Der Geograf Christophe Guilluy nennt dieses FN-Territorium «den Rand Frankreichs».

In einzelnen nordöstlichen Departementen wie Haute-Marne hat Florian Philippot als Kandidat des Front National am vergangenen Sonntag bis 70 Prozent der Stimmen erhalten. Dunkelfarbige oder andere Migranten sind dort eine Rarität. Wer die Bewohner fragt, warum sie dann trotzdem FN wählen, erhält zur Antwort, man wolle nicht, dass die «Ausländerprobleme» in ihr Dorf kommen.